

Betriebsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3  
Verlagsdruckerei: Dönhofs 282-287  
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

10 Pfennig

Mittwoch

11. November 1923

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3  
Verlagsdruckerei: Dönhofs 282-287

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Deutschnationales Durcheinander.

Tasager. - Reinsager. - Ja- und Reinsager.

W.B. veröffentlicht folgende Rundgebung:

Die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zu den Verhandlungen der Reichsregierung wegen des Vertrages von Locarno veranlaßt die Unterzeichneten zu folgender Erklärung:

Wir sehen in dem Bestreben der deutschen Reichsregierung den Versuch, das Zusammenwirken Deutschlands mit den anderen europäischen Mächten auf der Grundlage der Gleichberechtigung sicherzustellen.

Gegenüber der Politik, die Poincaré gegen Deutschland getrieben hat, den fortwährenden Sanktionsdrohungen, dem Einmarsch im Ruhrgebiet und der Bedrückung des Rheinlandes ist es von grundlegender Bedeutung, wenn die innere Entwicklung in Deutschland, namentlich aber die Freiheit und die Unabhängigkeit des Rheinlandes, vor willkürlichen Angriffen gesichert wird. Diesen leitenden Gesichtspunkt der Reichsregierung sollten alle Parteien ohne Unterschied ihrer innerpolitischen Einstellung vertreten. Wir müssen den zerrütteten Wohlstand Deutschlands wieder aufbauen in einer Area dauernden Friedens. Wir können uns nicht vom Ausland abschließen, sondern wir müssen namentlich die deutsche Wirtschaft im Verein mit dem Ausland wieder zu Kräften bringen, um dem deutschen Volk Arbeit und Wohlstand zu verschaffen, den vermögenslos gewordenen deutschen Arbeitsschichten die Existenz und die Wiedererringung ihrer früheren Stellung zu ermöglichen. Wir erachten es mit der Reichsregierung als selbstverständlich, daß ein wirklich dauernder Friedenszustand sich auswirken muß in friedlichen Verhältnissen im Rheinland und in einer Wende des dortigen Regimes, in einem Aufheben jener Zustände, die den Begriff der persönlichen Freiheit im Rheinland illusorisch gemacht haben.

Die Reichsregierung hat eine Entscheidung der Parteien bis zur Stunde nicht gefordert. Sie hat selbst darauf hingewiesen, daß sie diese Entscheidung erst treffen könne, wenn sie in der Lage sei, die Rückwirkungen auf das Rheinland zu überblicken.

Gegenüber dieser Klarstellung ist es uns unverständlich, daß die Deutschnationalen Volkspartei, ehe der gesamte Tatbestand überhaupt zur Beurteilung reif ist, gegen Locarno Stellung genommen hat und aus dem Kabinett ausgeschlossen ist. Dieses Ausschließen einer großen Partei, hinter der viele Millionen deutscher Wähler stehen, ist angehen, uns außenpolitisch schwer zu schädigen und innerpolitisch eine Bewegung anzubahnen, die nicht im Sinne staats-erhaltender Parteien liegen kann.

Wir brauchen gegenüber den schweren Verhältnissen, unter denen die gesamte Wirtschaft leidet, eine starke bürgerliche Regierung. Wir haben das Zustandekommen dieser Regierung begrüßt. Wir haben ihre bisherige Arbeit mit Zustimmung verfolgt. Wir hoffen dauernd konsolidierte Verhältnisse auf dieser Grundlage im Reich und in Preußen schaffen zu können. Durch die Schwächung der Regierung ist ihre außenpolitische Situation gefährdet, die innerpolitische Situation aber in eine Richtung getrieben, die von seinem konservativen denkenden Mann gebilligt werden kann. Wir halten uns daher für verpflichtet, vor der deutschen Öffentlichkeit zu erklären, daß es die Pflicht aller staats-erhaltenden Kräfte in Deutschland ist, die Regierung bei ihrem schweren Werk zu unterstützen, und wir fordern alle unabhängigen Persönlichkeiten auf, unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei, dies zu tun und nicht an die Stelle der Führung des Reiches durch Persönlichkeiten Mehrheitsbeschlüsse vor Parteilimitationen zu stellen. Wir halten uns vor dem Vaterland für verpflichtet, diese unsere Anschauung durch unsere Unterschrift zu bekunden.

Berlin, den 10. November 1923.

Dr. G. Kuffschäger, Hamburg, Werner von Alvensleben, Berlin, Graf Klaus Bismarck, Barzin, Freiherr von Cramm-Brüggen, Hannover, Graf Ernst Eickstedt-Hohenholz, Fürst zu Fürstenberg-Donaufelding, Graf Gehler-Schöfisch, Graf Wilhelm Gehler, Karl Honiel-Düsseldorf, Vorsitzender des Ausschusses der Gute-Hoffnung-Hütte, Christian Kraft, Fürst zu Hohenlohe, von Erffert, Gerlich, Graf W. Lehndorff-Frenzl, S. v. Radowicz-Klein-Ingersheim, Hugo Freiherr von Reichach, Wirtl. Geh. Rat, Berlin, Kommerzienrat Dr. Paul Reusch, Generaldirektor der Gute-Hoffnung-Hütte, Rudolf Graf Spreiti-Berlin, Rakan von Tiele-Winkler-Debbin, Wirtl. Geh. Rat von Valentini-Hamel, C. Wendel-Teuschenthal, Graf Lubbert von Westphalen-Berlin, v. Zihewitz-Weedern.

Unter den Unterzeichnern befindet sich kein Mitglied der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, überhaupt kein Mann, der im politischen Leben der letzten Jahre eine nach außen sichtbare Rolle gespielt hat, desto zahlreicher sind aber unter ihnen Leute, die der Deutschnationalen Partei als Geldgeber wichtig sein dürften. Es sind konservative Grundbesitzer und kapitalistische Wirtschaftsführer, die in der Reichsregierung eine Vertreterin ihrer sogenannten „Belange“ erblicken und die mit der Sprengung der Rechtskoalition ihre Felle davonschwimmen sehen. Auf das ausgereagte Kleinbürgertum, von dessen Stimmungen sich die Deutschnationalen Partei leiten läßt, sehen sie mit Verachtung herab.

Welche praktischen Wirkungen ihr Aufruf haben wird, läßt sich nicht übersehen. Für die innere Zerfetzung der Rechten ist er ein neuer Beweis.

Auf der Rechten gehen, wie man sieht, sehr verschiedene Strömungen durcheinander. Die eine will die Annahme von Lo-

carno jetzt, eine zweite will sie überhaupt nicht, eine dritte möchte durch Hinauszögerung der Verhandlungen über die „Rückwirkungen“ Zeit gewinnen. Diese dritte Strömung ist die gefährlichste.

Zu ihrem Sprachrohr macht sich neuerdings die agrarische „Deutsche Tageszeitung“. Sie sieht in ihrem ahnenden Geist voraus, daß die „Rückwirkungen“ viel zu spärlich sein würden, um die Annahme des Vertrages zu rechtfertigen, daß man aber trotzdem das Volk in „eine Art von Rausch Stimmung“ versetzen werde, um die Annahme zu erreichen. Dann fährt sie fort:

Nach wir sind der Ansicht, daß die Dinge schon zu weit gediehen sind, als daß ein einfaches Verwerfen des Vertrages aus inner- und außenpolitischen Gründen praktisch überhaupt noch möglich ist. Wohl aber besteht nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht der Regierung, für den Fall, daß Rückwirkungen großen Stils ausbleiben, von dieser neuen, von den Alliierten selbst geschaffenen Basis aus wieder in Verhandlungen einzutreten und die Unterzeichnung konsequent von den Voraussetzungen abhängig zu machen, die schon in Locarno genannt und von der Gegenseite akzeptiert worden sind.

Leider weiß bisher niemand genau, „was von der Gegenseite akzeptiert worden ist“. Neben dem schriftlichen Vertrag besteht eine mündliche Abrede, die verschiedenen Auslegungen zugänglich sein dürfte. Unterzeichnet Deutschland nicht mit der Begründung, daß die Gegenseite ihr Wort nicht gehalten habe, so wird sofort ein Streit darüber entstehen, was versprochen war und was nicht, und in diesem Streit könnte dann das ganze Werk leicht untergehen.

Es ist aber ganz falsch, den Vertrag selbst als ein Passivum anzusehen und diesem das Aktivum der „Rückwirkungen“ entgegenzustellen. Der Vertrag ist selber auch für Deutschland ein Aktivum, weil er den europäischen Frieden sichert und den Anfang einer Entwicklung darstellt, die im Interesse Deutschlands zu erstreben ist.

Von der Regierung ist zu verlangen, daß sie ohne Rücksicht auf die taktischen Bequemlichkeiten der Deutschnationalen das tut, was Deutschland nützlich ist. Dann aber muß sie den gefährlichen Ratschlägen der „Deutschen Tageszeitung“ ihr Ohr verschließen. Herr Luther hält heute abend auf dem Bankett des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller eine Rede über Locarno. Hoffentlich wird man aus ihr deutlich genug erfahren, wie er zu diesen Dingen steht.

Inzwischen hat die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Partei ein Flugblatt herausgegeben, das — im Gegensatz zur „Deutschen Tageszeitung“ — den Vertrag ganz ohne Rücksicht auf die „Rückwirkungen“ für unannehmbar erklärt und in der Manier größter demagogischer Lügen gegen ihn ankämpft. Wird darin u. a. sogar behauptet, daß die Entente auf Grund des Vertrages von Locarno die Auslieferung Hindenburgs als Kriegsverbrecher verlangen könne. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Volkspartei, wendet sich aus diesem Anlaß mit einem offenen Brief an den deutschnationalen Parteivorsitzenden D. Winkler, worin sie das Flugblatt als ein „gewissenloses Machwerk“ bezeichnet und erklärt:

Bedeutet doch dieses Flugblatt den Rückfall in eine Agitationsmethode, die — falls sie die Billigung der deutschnationalen Parteileitung fände — nur in stände wäre, die letzte Brücke und den letzten Steg zu zerstören, der die Deutschnationalen Volkspartei mit dem Denken und Fühlen der anderen bürgerlichen Parteien noch irgendwie verbinden könnte.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ fordert von der deutschnationalen Parteileitung eine klare Antwort darüber, ob sie dieses Flugblatt deckt. Wir erwarten, daß sie das tut. Dann werden die Wähler wenigstens erfahren, daß die deutschnationalen Minister acht Monate lang eine Politik mit vertreten haben, die zur — Auslieferung „unseres Hindenburg“ führt!

### Hindenburg in Stuttgart.

Stuttgart, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Reichspräsident Hindenburg ist heute Vormittag um 9 Uhr in Stuttgart eingetroffen. Am Bahnhof empfingen ihn die württembergische Regierung und die Spitzen der Behörden und der Reichswehr. Auf dem Bahnhofsvorplatz schritt der Reichspräsident die Front der Ehrenkompanie ab und nahm deren Borbeimarsch entgegen. Darauf fuhr er zum neuen Schloss. Auf dem Wege bildeten Schulen und Vereine Spalier. Die Teilnahme der Bevölkerung war nur gering. Von begeisterten Kundgebungen kann keine Rede sein. Bei der Beflaggung überwiegen die Farben schwarz-rot-gold durchaus, daneben sieht man zahlreiche Fahnen in den Landes- und städtischen Farben. Um 11 Uhr fand ein Empfang Hindenburgs im Rathaus statt, um 1 Uhr wird ein Frühstück im Staatsministerium veranstaltet, bei dem die einzigen offiziellen Reden gewechselt werden.

Friedensführer Abd el Krims. Der „Matin“-Berichterstatter in Fez berichtet, daß mehrere Reisende aus dem Lager Abd el Krims eingetroffen seien; man erwarte weitere Besuche. Diese Leute hätten keinen amtlichen Auftrag. Sie seien nicht Abgeordnete, sondern Vermittler. Alles in allem zeigten diese Schritte, daß Abd el Krims den Frieden wünsche.

### Verbrecher am Reich!

Von Alwin Saenger-München.

November; auch in Bayern. — Aber den öden Tag grüßt eine bessere Zukunft: Auferstehung des angestammten Herrscherhauses.

Angestammt; natürlich, so wie der letzte bayerische Ludwig Elsass anstammte, wie der Erbfeind dem teutschen Wittelsbacher-geschlechte anno 1803 Franken, Würzburg und Bamberg, das Bistum Augsburg, das Gebiet bei Kempten (Schwaben), Freising, Teile der Bistümer Eichstätt und Passau usw. anstammte. Angestammt, so wie der edle Karl Theodor ein neues Königreich Burgund in den österreichischen Niederlanden im Tauschweg gegen die angestammten Provinzen Niederbayern und Oberpfalz neu anstammte!

Wie herrlich bewährte sich doch diese angestammte Treue in dem Erben, der heute von dem Osterlauben an ein „Ruperius Resurrexit“ geplagt ist. Die Rückfahrt zu seinem Volke ging ruhmvoll via Belgien. Fast wie der angestammte Wilhelm. Die Prominenten der Bayerischen Volkspartei schrieben, daß der Mann für alle Zeiten als König unmöglich sei. Der General, der heute Rupprecht von Wittelsbach zum Wort- und Verfassungsbruch verleiten will und selbstverständlich von der Republik weiter keine Pension bezahlt erhält, war 1918 noch nicht als Königsschützer tätig. Vielleicht hatte er seine Waffe verloren. Heute aber rumoren Mut und Treue in den Maßkrügen der bayerischen Staatskuffi.

Es ist natürlich alles erlogen; kein Mensch denkt an einen wittelsbacherischen Hausputz. Die Lokst spricht zwar dafür; denn so dumm sind selbst diese royalistischen Größen nicht, zu glauben, daß mit der Zeit das Bedürfnis der Kaiser nach königlichem Lächeln wachsen würde. Für die Königstreuen gilt wahrlich, daß jede unbewußte Minute ihre herrlichen Ausfuchten für immer mindert. Endlich einmal wieder ein wackechtes, königliches Hofmann zu singen, muß ihnen Lebensbedürfnis sein. Und der Drang, einmal zu handeln, ist das natürliche Produkt der königstreuen Agitation der letzten Jahre. Die Freunde und Sturmtrommeln des gottgesandten Herrn Hitler wurden auch so lange mit den Theaterkünsten der Demagogie bearbeitet, bis eines Tages einfach schon um der drohenden Palastrevolution willen mit der Befreiung der deutschen Seele praktisch angefangen werden mußte. Das Ansehen der verfassungswidrigen „Majestät“, das Baradiere und das Feiern, das Prävarieren für den entscheidenden Tag davert im weidblauen Lauer nun auch schon bald so lange, daß die in den Bünden gepflegte Anwartschaft auf das endliche Wieder sichtbarwerden eines Bakosien und einer goldenen Karosse erfüllt werden muß, da sonst schließlich keiner mehr etwas von diesen Herrlichkeiten der Welt sehen will.

Wie im November 1923, so steht auch diesmal die bayerische Staatsregierung schuldbeladen vor dem Volk. Die Regierung eines Freistaates hat die Antrigen der Kabinettsmitglieder genau so gebuddelt und die Monarchisten durch die Duldung frech gemacht, wie sie die nationalsozialistische Bewegung von 1921 bis 1923 groß werden ließ. Niemand hat sich diese Regierung eines republikanischen Freistaates auf ihre Pflicht besonnen, ein einziges Mal vor rechten Zeit warnend auf die Gefahr zu weisen, die angefangen der politischen Charakterchwäche eines großen Teils der Bevölkerung südlich der Donau aus der in zahlreichen Organisationen planmäßig betriebenen Agitation für Rupprecht von Wittelsbach eines Tages entstehen mußte.

Wozu denn auch? Die gleiche verlorrene Unfähigkeit wie gestern und vorgestern acht wieder in den politischen Gassen hauseren. Die erste Mitteilung vom Kamm-Busch lief ein; Herr General Böhl unterschrieb die Proklamtion des Kabinetts, die wir gegen das Verbrechen in Berlin verfaßten. In der Nachsichtung des bayerischen Kabinetts vom 13. auf den 14. März 1920 erklärte der verfassungstreue General, bei den Truppen sei ein Umschwung zu verzeichnen und er habe sich in der Stimmung des Militärs gerirt. Heute fungiert Herr Böhl als Quartiermacher für Herrn von Wittelsbach. 1921 säckelten die Minister der Ordnungszelle, 1922 lachten sie, 1923 waren sie mit „sozialdemokratischen Verdächtigungen und Lügen“ um sich, wenn man Zweifel in die Kenntnisse der Regierungsgewalt und die behauptete politische Reife im Freistaat setzte. Heute muß der damalige Herr Innenminister seine Erfahrung in der Ordnungszelle in einem Buch über das Geheimbundwesen niederlegen.

Als einiae Rehtausende der nationalsozialistischen Kohorten im März 1923 bei München Felddienstrübungen veranstalteten, schnatterte die bayerische Staatsgans, der „Staatsanzeiger“: an einen Busch dächten nur die Berliner Stauden. Der unbegabtesten einer, Dr. v. Knilling, schimpfte im September 1923 grob über die Esel, die von Umbray sprächen. Etwas später wurde er mit dem bayerischen Polizeiminister als Gefangener aus dem Büroerbräukeller geführt. Nicht einmal in der Falle selbst hatten diese urbanerischen Staatsmänner gemerkt, was vor sich geht. Das war allerdings auch etwas schwerer, als auf das Reich zu schimpfen.

Wieder einmal ist es unter dem Protektorat der für Bayern verantwortlichen Bayerischen Volkspartei und seines Ministeriums so weit gekommen, daß man in Deutschland und der Welt über das Staatswesen spricht, das die Lächerlichkeit als Sinnbild seiner politischen Tugenden erkoren zu haben scheint. Beugnen können sie; aber selbst der „Regensburger Anzeiger“, ein Organ des Ministerpräsidenten, schreibt:



„Doch es Leute gibt, die aus der monarchistischen Grundstimmung eines großen Teiles des bayerischen Volkes die Berechtigung für einen monarchistischen Aktivismus ableiten, der in den Zeitverhältnissen nicht begründet ist, das mag wohl sein.“

Da ist doch das Zeugnis selbst für diesen Augenblick lächerlich. Es bleibt bei der Tatsache, daß man in den freistaatlichen Amtsstuben einen Gewaltakt des Herrn von Wittelsbach ernstlich zur Diskussion stellte; soweit ist es wieder einmal.

Was gilt einem Rupprecht Deutschland? Wer im Sommer 1917 den Mut aufbrachte, in der tiefsten Not einer gemeinsamen Schicksalsstunde für eine Lockerung des Reichsgefüges, für eine Umwandlung des Bundesstaates in einen Staatenbund einzutreten, der kennt in seiner Seele kein deutsches Dasein, sondern nur die kleine, erbärmliche Welt einer königlich-napoleonischen Puppenstube. Adolf Hitler konnte wenigstens noch damit rechnen, daß Rahr und Löffow ihr Wort halten und die Verzeihung der Inflationszeit ihm zu einem kurzen Dasein verhelfen würden. Bei den Königstreibern von heute kann man nur fragen, gibt es wirklich solche Dumme und Verbrecher? Aber in einem Lande, in welchem man als der große Führer gefeiert wird, wenn man im Dezember 1918 dem Hochverrat das Wort redet und dann mit der Entente wegen einer Separation verhandelt, in einem Lande, in dem Falsch und Staatskunst identisch sind, ist alles möglich.

Macht den Buisch! Wir bitten euch darum. So ganz zufällig ist ja schließlich die Fürstengewerkschaft im November 1918 nicht in die Brüche gegangen, und schließlich steht der deutsche Expeditur nicht zwischen Ingolstadt und Dachau. Gegen den Hochverrat des Prinzen wird doch vielleicht noch eine Ration erstehen, die endlich aufräumt mit diesem elenden, treulosen bayerischen Partikularismus!

## „Se. Kgl. Hoheit.“

Mit prinzipieller Vertretung und Ordensverleihung.

Wie Rupprecht Wittelsbach im Freistaat Bayern seinen Staatsstreich durch sonstige Streiche vorbereitete, dafür legt der Bericht Zeugnis ab, den ein Winkelblättchen aus Waldmünchen in der Oberpfalz über einen „Heimattag“ des „Bayerischen Heimat- und Königsbundes“ bringt. Ganz wie in der guten alten Zeit, wo der Serenissimus Krähwinkel durch seinen Besuch beglückte, so geht's im Jahre 1925 in der Republik Bayern zu. Man lese diese herrlichen Darstellungen:

Samstag abend traf trotz des Vorabends vom Markttag unser Lokalbahnzüge fahrplanmäßig ein und brachte den hohen Gast, den Vertreter Se. Kgl. Hoheit des Kronprinzen Rupprecht. Den sehr wie auch sehr allgemein beliebten Prinzen Alfons mit. Der hohe Herr wurde am Bahnhof empfangen und in sein Absteigequartier „Gasthof zur Post“ geleitet. Mit dem Abendzuge kam auch noch der Patenverein Bayerischer Heimat- und Königsbund Amberg... und sonstige Gäste... Nachdem Se. Kgl. Hoheit in der Turnhalle eingetroffen war, sprach Fräulein Meta Heindl einen schönen Prolog. Sonntags morgens wendeten Bällerschiffe und der Verkehr der Kunst die Bewohner unseres Städtchens. Per Bahn, mit Vastauto und zu Fuß trafen die auswärtigen Vereine und Gäste ein. Um 10 Uhr gruppierte sich der Kirchenzug, an dem sämtliche Waldmüchener und viele auswärtige Vereine teilnahmen. Se. Kgl. Hoheit Prinz Alfons in Begleitung seines Adjutanten und Frhr. v. Berchem war unter den Zugsteigern. Die Weihe der prächtigen Fahne nahm Herr Stadtpfarrer Lehner vor, der auch in einer Ansprache die Bedeutung der Fahne würdigte. Mittags fand ein Diner in der Turnhalle statt, über welches sich Seine Kgl. Hoheit sowohl was die Schmückung der Tafel als auch die Zusammenstellung der Speisenart und besonders die gebotenen kulinarischen Genüsse anbetrauf, äußerst anerkennend aussprach. Nachmittags 2 Uhr war Festzug durch die Stadt, an welchem

Se. Kgl. Hoheit wieder teilnahm. Um 3.30 Uhr reiste Se. Kgl. Hoheit Prinz Alfons wieder ab. Se. Kgl. Hoheit Prinz Alfons zog den Kapellmeister in ein längeres Gespräch und sprach ihm die beste Anerkennung aus. Der Geschäftsführer der Kreisleitung, Herr Gebauer, nahm während des Abends durch Uebergabe der Hochzeitsmedaille König Ludwigs III. an verdiente Mitglieder der Ortsgruppe Waldmünchen des Bayerischen Heimat- und Königsbundes die Ehrengabe derselben vor. Die ganze Veranstaltung nahm, wie schon gesagt, einen glänzenden Verlauf. Se. Kgl. Hoheit Prinz Alfons hat sich sehr anerkennend ausgesprochen und es ist nicht ausgeschlossen, daß nächstes Jahr Se. Kgl. Hoheit Kronprinz Rupprecht selbst unserm Städtchen und dem Bayerischen Heimat- und Königsbund einen Besuch abstatten wird.

Nicht wahr, das ist für ein republikanisches Zeitalter allerhand. Wenn Ludwig Thoma noch lebte, würde er über die Knechtlichkeit seiner bayerischen Landsleute sicher die blutigsten Scherze reifen. Aber nicht Ludwig Thoma, der Dichter der „Lokalbahn“, sondern Rupprecht Wittelsbach lebt. Wenn das jemand vergessen sollte, der wird rechtzeitig an seine Kocheritz erinnert. Damit nämlich die Waldmüchener Oberpfälzer nicht den herrlichen Eindruck von „Se. Kgl. Hoheit“, dem Prinzen Alfons, aus dem Gedächtnis verlieren, erhalten sie, das heißt der Stadtbaumeister, also republikanischer Beamter Schimpf, als Vorsitzender besagten „Heimat- und Königsbundes“ das folgende Schreiben:

Hof- und Vermögenseverwaltung  
S. K. H. des Kronprinzen von Bayern  
Cabinet.

München, 29. Oktober 1925.

Sehr geehrter Herr Schimpf!

S. K. H. des Kronprinzen hat mit Freude und aufrichtiger Befriedigung den Bericht S. K. H. des Prinzen Alfons über den gelungenen Verlauf des Heimattages am 24. und 25. Oktober erhalten und läßt Ihnen allen für alle treue Anhänglichkeit wärmsten danken. Als äußeres Zeichen Allerhöchster Seiner Anerkennung Ihrer verdienstvollen Arbeit in der gefährdeten Böhmerwald-Grenzmark läßt Seine königliche Hoheit das mitfolgende Bild mit eigenhändiger Unterschrift für ihr Vereinstokal übersenden.

Im allerhöchsten Auftrage

Graf Soden.

Die Herrschaften tun ganz so, als ob sie schon wieder zu Hause wären. Rupprecht hat vergessen, daß er einst vor der Liebe des Volkes in die spanische Gefandtschaft in Brüssel flüchtete, während sein hohenzollernischer Berufskollege gleich ganz über die Grenze ging. Rupprecht hat auch vergessen, daß die bayerischen Patrioten seinen Vater und seine Mutter auf der Landstraße ließen und ihnen in höchster Not Gastfreundschaft verweigerten, weil sie die Liebe des bayerischen Volkes fürchteten.

Dafür bereiten sie jetzt durch pflegsame Behandlung der Knechtskeelengestimmte die Zeit vor, in der sie „die Staatsgewalt übernehmen“ könnten. Will der Oberreichsanwalt, der einen reitierenden Schauspieler wegen Hochverrats anklagte, die offen betriebene hochverräterische Propaganda der Wittelsbacher tolerieren? Oder ist er der Meinung, daß in Bayern seine Macht zu Ende sei? Dann soll er es doch offen sagen und nicht noch den Schein der Objektivität aufrechtzuerhalten suchen.

## Hoffmanns Erzählungen.

München, 11. November. (WZB.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtl. folgendes: „Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit durch die Presse gegangenen Mitteilungen über einen beabsichtigten monarchistischen Putsch in Bayern wird amtl. festgesetzt: 1. Richtig ist, daß Graf von Soden vor etwa drei Wochen gelegentlich eines Besuchs beim Herrn Ministerpräsidenten diesem Kenntnis gegeben hat von der Zusammenfassung der monarchisch gesinnten Organisationen in den Verein „Bayerntreue“ sowie von den Zielen dieses Vereins. 2. Unrichtig ist, daß dabei General von Roehl sich in Begleitung des Grafen von Soden befand; General von Roehl ist seit Monaten nicht beim Ministerpräsidenten gewesen. 3. Unrichtig ist, daß gelegentlich dieses Besuchs Graf

von Soden an den Herrn Ministerpräsidenten die Frage gerichtet hat, wie die Regierung sich verhalten werde, wenn Kronprinz Rupprecht in nächster Zeit sich veranlaßt sehe, die Gewalt zu übernehmen. 4. Unrichtig ist, was teils offen, teils versteckt behauptet wurde, daß gelegentlich dieses Besuchs überhaupt davon die Rede gewesen ist, daß die Wiederherstellung der bayerischen Monarchie eventuell im Wege eines Putsches oder einer anderen Gewalttat erfolgen soll. Es wurde vielmehr mitgeteilt, daß auch der neue Verein ein illegales Vorgehen durchaus ablehne.“

## Gefler erklärt weiter.

Reichswehrminister Dr. Gefler hat der „Böf. Ztg.“ in bezug auf die bayerische Hochoerratsaffäre folgende neue Erklärung gegeben:

1. Die Vorgänge, über die Herr Emil Ludwig Cohn in der Reichsbannerversammlung vom 9. d. M. berichtet hat, sind mir völlig unbekannt. Die Behauptung über irgendeine Beteiligung von mir ist eine unwahre, unsinnige und niederträchtige Verdächtigung.

2. Ich habe Ihrem Berichterstatter lediglich diese Information gegeben unter Bezugnahme auf Mitteilungen, die ich in der Pressekonferenz habe machen lassen. Dieser brachte dann die Sprache auf andere Mitteilungen, die Ihre Zeitung aus dem Bureau des Herrn Oberbürgermeisters von Nürnberg erhalten habe. Ich habe es abgelehnt, dazu irgendwelche Stellung zu nehmen. Demgegenüber sind meine angebl. Erklärungen eigene Formulierungen Ihres Berichterstatters, zu denen er eine Stellungnahme von mir erbat. Da sie außer jedem Zusammenhang mit den Behauptungen des Herrn Emil Ludwig Cohn stehen, habe ich es ausdrücklich abgelehnt, darauf einzugehen.“

## Der Dolchstoßprozess vor dem Ende.

Ein Gehilfe des Oberreichsanwalts als Zeuge.

In der Fortsetzung der Beweisaufnahme im Kohnmann-Prozess wurde am Mittwoch als weiterer Zeuge

Senatspräsident Seebert

vom Obersten Landesgericht vernommen und zwar darüber, ob während des Krieges in steigendem Maße Landesverrat verbreitet wurde, wobei vor allem als Täter Angehörige der Linkssozialdemokratie beteiligt waren.

Das erste Flugblatt, das zur Einleitung eines Strafverfahrens unmittelbar vor dem Reichsgericht geführt hat, war ein Produkt, das im Zusammenhang mit einer Konferenz sozialistischer Frauen in Bern erschien. Diese Konferenz war zu Ostern 1913, und ihre Vorsitzende war Klara Zetkin. Es wurde eine Resolution gefasst, die wahrscheinlich von Klara Zetkin entworfen war. Außerdem wurde ein Manifest entworfen, das die Ideen jener Konferenz niedergehen sollte. Das Flugblatt ist alsbald in einer Schweizer Zeitung veröffentlicht worden, und wurde später auch in Deutschland in einem gewissen Umfange verbreitet. Auf Grund dessen wurde ein Verfahren gegen Klara Zetkin und eine Reihe anderer Personen eingeleitet. Zur Verhandlung kam die Sache wegen Erkrankung der Zetkin erst 1917. Die meisten Angeklagten wurden aber freigesprochen. Die ersten Flugblätter bedenklicher Art sind 1916 aufgetaucht.

Im Frühjahr 1916 sind, und zwar sicherlich in Berlin, kleine Zettel hergestellt worden, in denen vom Eroberungskrieg gesprochen, auf die zahlreichen Kriegsverbrechen hingewiesen, der Friede verlangt und gesagt wurde, es handele sich um keinen Verteilungskrieg, sondern um kapitalistische Interessen, das Volk wolle den Frieden, müsse sich selbst helfen usw. Das Bestreben der Linksradikalen ist immer gewesen, gewisse Ereignisse für ihre Zwecke auszubehnten und sich an die große Kasse zu wenden. Dazu war besonders geeignet das Strafverfahren gegen Liebknecht, der 1916 als Landwehrmann eingezogen wurde und Ende April und am 1. Mai 1916 bei der Kaiserfeier ein Flugblatt verbreitet hat, das zu einer Demonstration aufforderte. Deswegen, und weil er tief: „Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung“, wurde er vom Kommandanturgericht zu 2½ Jahren Zuchthaus wegen Landesverrat verurteilt. Diese Verurteilung war für die Anhänger Liebknechts, die Spartakusgruppe, Anlaß, die Masse in Bewegung zu setzen und womöglich Streik in Rüstungsbetrieben zu veranstalten. Es wurde eine Reihe von Flugblättern hergestellt und zum Teil in sehr großem Maße verbreitet. Infolge der Verbreitung eines solchen Flugblattes ist auch gestreikt worden, aber der Streik hat damals keine Ausdehnung angenommen, so daß die Kriegsmacht hätte geschädigt werden können.

## „Iphigenie in Aulis.“

Erstaufführung in der Städtischen Oper.

Dem Befehl nach, der donnerte, knallte, klappete, toste, mühte die Aufführung der Gluckischen „Iphigenie“ eine Meisterleistung der Städtischen Oper gewesen sein. Doch das zu behaupten wäre inkorrekt. Zwar gab es einzelne vollendete Leistungen und eine ganze Reihe mindestens sehr guter; aber die große einheitliche Linie fehlte. Bruno Walter, der das Werk mit seinem Verständnis und großem Können leitete (einzig in der Operwelt hätte ich mir eine größere Auffassung denken können), hat diese Einheit musikalisch wohl zu schaffen vermocht. Aber die Oper ist doch schließlich auch ein Bühnenwerk. Regie und Ausstattung aber blieben hinter dem zurück, was man von der Städtischen Oper fordern darf, was vor allem auch die Künstler dieses Abends fordern durften. Was entstanden wäre, wenn sie weniger Bühnenskulpturen besessen hätten, ist nicht abzusehen. Doch die „Auffassung“ des Achilles, den Carl Martin Dehman in einer sehr glänzenden Rüstung prachtvoll als „Held“ spielte, ließ es ungefähr ahnen. Wann werden einmal die jährlichen Bewegungen, das Armieren und Abkieschleudern, von der Bühne der Städtischen Oper endgültig verschwinden? Gewiß ist nicht jeder befähigte Sänger immer ein ebenso begabter Darsteller; aber dafür kann die Regie wenigstens sorgen, daß auch die schauspielerischen Leistungen nie unter eine gewisse Grenze heruntergehen. Zudem betriebligte Herr Dehman gefänglich durchaus nicht in dem Maße, daß er damit für seine ganz großen Verdienste als Darsteller entschuldigt wäre. Sein Tenor, der in der ersten Hälfte des Abends matt und unfrei klang, hellte sich gegen den Schluß hin allerdings auf und reichte sich den Leistungen der übrigen Sänger würdig bei. Aber trotzdem wäre eine Korrektur seines Spiels sehr zu seinen Gunsten gewesen.

Die Glanzleistungen des Abends waren die Klytemnestra der Ditzewska, Dr. Emil Schippers Agamemnon und die Iphigenie der Della Reinhard. Die wundervoll große und biegsame Stimme der Ditzewska bot einen ganz ungetrübten Genuß; und wenn Della Reinhard es manchmal schwer hatte, sich diesem Organ gegenüber stimmlich zu behaupten, so unterstützte die Innerlichkeit ihres Spiels ihren weichen Sopran, der der rührenden Gestalt der Iphigenie so gut anstand. Schippers mächtiger Bariton gab seinem Agamemnon ebenfalls das richtige Format. Den Kalchas sang Anton Baumann, Aras Desider Jador, beide durchaus in dem musikalischen Stil des Abends, der die edlen, schlichten Linien der Gluckischen Musik schön und eindrucksvoll — man darf nicht vergessen, daß es immerhin ein Experiment war, dem Publikum der Gegenwart dieses Werk vorzuführen, und daß das Experiment gelungen ist — zur Geltung brachte.

Der Ausstattung sei noch ein Wort gewidmet: gewiß, sie hätte schlechter sein können; mehr aber der Anerkennung kann man ihr nicht zubilligen. Man hatte es sich sehr bequem gemacht: die Bühne in ihrer ganzen Höhe rot umhängt in Anlehnung des Zeltes, das jedesmal, wenn es nötig war, wie ein Theatervorhang geöffnet wurde; dann ein paar Farbtischen herein: blau, gelb, einen dunklen Stuhl, violette Stufen. Das alles war noch das Beste. Doch Iphigenies Opferaltar ein marmorgetrichener Schornstein war, poste weniger; am allerwenigsten aber die — unbedrungen sehr schiden —

Bull-oovers der Thessalier. Alles zusammen wirkte wie die Ausstattung zu einem Kostümfest „im alten Griechenland“; dazu hätte ich mir auch die Tänzerinnen mit den farbigen Federmützen, die sich zu Boas verlängern ließen und wohl Girlanden andeuten sollten, gefallen lassen. Für die Städtische Oper bin ich eigentlich anspruchsvoller.

## Die verpönte Gefängnisstrafe.

Die Richtung der Strafrechtspflege, die vor allem die Besserung des Verbrechens im Auge hat, sieht in der Gefängnisstrafe ein recht bedenkliches Mittel. Auch bei uns werden jetzt immer häufiger bei den Strafurteilen Bewährungsstrafen gegeben, während deren dem Verleter des Gesetzes die Möglichkeit geboten wird, seine Besserung zu beweisen, bevor die eigentliche Strafe in Kraft tritt.

In England macht man von dieser bedingten Begnadigung noch häufiger Gebrauch und hat damit gute Erfolge gehabt. „Es ist seit langem allen Kriminalisten bekannt, daß die Gefängnisstrafe nur allzuoft ein vollständiger Mißgriff ist“, schreibt der englische Strafrechtslehrer A. H. Brice. „Immer wieder hat sich das Gefängnis nur als ein erfolgreicher Rekrutenanwerber für die Verbrecherklasse erwiesen. Gewiß hat man in letzter Zeit große Anstrengungen gemacht, um die Verhältnisse des Gefängnislebens besser und menschlicher zu gestalten, und diese Bemühungen sind nicht ohne Erfolg gewesen; aber die Tatsache bleibt bestehen, daß das Gefängnis dem Einzelnen mehr Unheil als Segen zufügt, und nicht der geringste der schlechten Einflüsse ist der, daß ein Aufenthalt im Gefängnis dem Uebelthäter die Furcht vor dem Gefängnis nimmt, die vorher ein so starkes Abschreckungsmittel war. Sobald aber wirkt das böse Beispiel der anderen Insassen, die z. T. aus den Reihen der alten Verbrecher kommen, anstehend, und nicht nur der Anfänger im Verbrechen, sondern auch der rückfällige Uebelthäter wird in seinem verbrecherischen Hange bestärkt. Deshalb ist der Vorschlag des Londoner Obergerichts, Sir Robert Wallace, in immer größerem Umfang zu der Bewilligung von Bewährungsstrafen übergegangen und hat damit gute Erfahrungen gemacht. Er hatte kürzlich gegen 300 Personen auf seiner Liste, und er ist verschiedentlich so früh gewesen, auch alten, vielfach bestrittenen Verbrechern Bewährungsstrafen zuzubilligen. Die Resultate sind ganz außerordentlich günstig und zeigen, in wievielen Fällen es möglich ist, das Gefängnis zu vermeiden und einen Menschen durch Gnade auf den Weg des Rechts zurückzubringen.“

Leider folgen die Provinzgerichte nicht diesem Beispiel der Londoner Gerichtshöfe, und es werden hier noch zu viele Gefängnisstrafen verhängt. Durch das neue Strafrechtsgesetz, das in diesem Winter verabschiedet werden soll, wird der Bewährung ein noch größerer Spielraum eingeräumt. Das ganze Land wird in „Bewährungsbezirke“ eingeteilt, und in jedem dieser Bezirke sind mehrere Beamte tätig, um diejenigen zu beobachten, denen Strafauflage zugestanden ist. Weibliche Beamte beschäftigen sich mit den weiblichen Verbrechern und besondere Persönlichkeiten mit den jugendlichen. Wenn auch durch diese Fürsorge den Behörden große Kosten entstehen, so ist diese Form der Strafrechtspflege doch noch viel billiger als das Gefängnisystem, ganz abgesehen von dem Gewinn, der der Allgemeinheit erwächst, wenn der Verbrecher wieder zum nützlichen Mitglied der Gesellschaft wird.“

„Frauen hinter Gittern.“ Nach einem Roman im „Lokal-Anzeiger“ zimmerte Eugen Kluge ein Schauspiel in sechs Bildern zurecht, das den Ausklang der Haremsherrschaft schildert. Schauerlich schön. Eunuchen, Sultan und Sultana, englische Erziehlerin, geräube englische Generalsfrau, wilde orientalische Lust — und dazu hört man von unterirdischen tiefen Kellern im Palast des letzten Sultans Mehmed VI. Der „Lokal-Anzeiger“ und sein dramatisierter Roman sind einander wert. Immerhin, wer sich erheben kann, wenn rührende Tränen der anderen fließen, denn die Leserinnen des Romans geben sich hier ein Stillschicken, wer die berückende Pracht des Orients auf sich wirken lassen will, — der keine Kritik würde sie noch stilsicher hinstellen —, der gehe ins Theater in der Bühnenstraße. Der einzige Gewinn war die Bauchtänzerin Harwen, die dem Sultan vortanzte, der auf seinem Stuhle sah wie ein pensionierter Opapa. Die anderweitig verlobte Haremsherrin Fatima brauchte sich wirklich nicht zu beunruhigen, sie wäre nicht noch einmal als Blume gepflückt worden.

Rüpelien völkischer Studenten in Wien. In Anwesenheit des österreichischen Bundespräsidenten fand die feierliche Inauguration des neuen Rektors der Wiener Universität Dr. Karl Baid statt. In einem Bericht über das abgelaufene Studienjahr verwies der Prorektor Dr. Hans Sperl auf die vom Professoren-Kollegium gemeinsam mit der Studentenschaft veranstaltete Anschließungsbewegung an das Deutsche Reich. Vor der Inauguration kam es in der Aula zu einem Zusammenstoß zwischen den liberalen farbentragenden Studenten, deren Chargierte im Festsaal Aufstellung nehmen wollten, und den völkischen und katholischen Studenten, die dies zu verhindern suchten. Die liberale Verbindung verließ schließlich die Universität, worauf der neue Rektor auch die übrigen farbentragenden Studentengruppen zum Verlassen des Festsaales veranlaßte.

Vollsbühne. Friedrich Raghler spielt als Gast der Volksbühne die Aletroffe in der Uraufführung von Lunatichovs „Der bestrafte Don Quixot“. Das Werk ist in J. Goh's Uebersetzung aus dem Russischen bei der Volksbühnen Verlags- und Betriebs-G. m. b. H. Berlin, erschienen.

Raghler — Korkner — Loos sprechen am 13. d. M. 8 Uhr abends, in der Bildharmuseum zum ersten Male Reden bekannte Politiker wie Kerkow, Lenin, Russett und Büchard. Ein Vortrag wird die Reden einführen und erläutern.

Heber „Kunst im Zeitalter der Technik und des Sports“ behandelt Dr. Adolf Behre eine Vortragsreihe mit Lichtbildern am 19. Georgenstr. 30/31, 8-9½, Uhr abends.

Opernfestspiele im Dom. Das nächste Orgelkonzert von Prof. Walter Fischer findet am 12. 8 Uhr im Dom statt. Es wirken mit: Welche Storch, Weisang; Richard Rehle, Violine und Felix Robert Reindelsohn, Cello. Programm zu 50 Pf. berechtigt zum Eintritt.

Verbreitung der Einheitskurzschrift in den deutschen Schulen. Auf Grund einer Rundfrage über den Schriftunterricht in den höheren Schulen Deutschlands gibt die „Deutsche Einheitskurzschrift“ einen Bericht über den jetzigen Stand der Verbreitung der neuen Einheitskurzschrift. Danach sind an 1290 höheren Schulen Deutschlands 55 481 Schüler in Einheitskurzschrift, 3391 in Stolze-Scharen, 788 in Gabelsberger, 110 in andern Systemen im vergangenen Jahr unterrichtet worden. In Württemberg und Bayern, ebenso in Sachsen wird fast ausschließlich nach dem Einheitskurzschrift unterrichtet. In Preußen erlernen 8778 Schüler die Einheitskurzschrift, 3523 Stolze-Scharen, 409 Gabelsberger, 110 andere Systeme. Kuerzungs ist auch in Ostpreußen die Einheitskurzschrift amtlich vorgeschrieben worden.



## Das Linkskartell wieder einig.

Ultimatum an Painlevé.

Paris, 11. November. (EP.) Nach der Sitzung der Kartell-Delegierten, die um Mitternacht zu Ende ging, begab sich Malon als Bevollmächtigter zu Painlevé, mit dem er bis um 2 Uhr morgens verhandelte. Allgemein wird angenommen, daß Malon beauftragt war, Painlevé eine Art Ultimatum zu überreichen und ihn aufzufordern, einen Finanzplan auszuarbeiten, der mit der Kartellpolitik in Übereinstimmung steht.

Paris, 11. November. (TL.) Das Kartell hat in dreistündiger Nachsitzung, die erst früh 1 Uhr zu Ende war, beschlossen, Painlevé ein letztes Mal eine Umarbeitung der Finanzpläne nahezu legen, und zwar dergestalt, daß sowohl die Radikalsozialisten wie auch die Sozialisten den Plänen zustimmen können. Es heißt in den Morgenblättern, daß Loucheur mit der Ausarbeitung der Abänderungsvorschläge beschäftigt ist, zu denen Painlevé heute nachmittags nach Anhörung der Finanzkommission wird Stellung nehmen müssen. Die Wiederherstellung der Einigkeit im Kartell, das durch die Stellungnahme der Sozialisten gestern nachmittags gesponnen schien, ist ein Ereignis von großer Tragweite. Der Bericht, der über die Sitzung der Kartellvertreter herausgegeben wurde, besagt: Die Delegierten des Kartells haben angesichts der Schwierigkeiten, die während der letzten Tage und besonders im Laufe des gestrigen Tages in der Frage der Finanzpläne hervorgetreten sind, einen Schiedspruch herbeigeführt, der zur Wiederherstellung der Disziplin der Vertreter des Kartells innerhalb der Finanzkommission geführt hat. Das erzielte Übereinkommen wurde einstimmig angenommen. Ein Mitglied hat durchblicken lassen, daß die Finanzkommission wegen der ersten Lage ein letztes Mal entgegenkommen will. Heute nachmittags wird sich zeigen, wie weit das erhoffte Kompromiß zwischen Painlevé und der Finanzkommission möglich ist.

## Die Entwaffnungsantwort fertig.

Abgang heute.

Wie die Telegraphen-Union erzählt, ist die deutsche Antwort auf die Entwaffnungsnote der Vorkontrollkommission fertiggestellt; sie wird voraussichtlich noch heute nach Paris abgehen.

Eine Veröffentlichung des schriftlichen Verhandlungsmaterials über die Entwaffnungsangelegenheit soll nicht vor Abschluß der Verhandlungen erfolgen.

## Labour für Locarno.

Der Weg zur Abrüstung offen.

London, 11. November. (WB.) Der Arbeiterführer Snowden äußerte in einer Ansprache aus: Das Locarno-Abkommen ist mit Befriedigung aufgenommen worden, weil das Land der Ansicht ist, daß es ein Schritt vorwärts zur Aufrechterhaltung des Friedens bedeutet. Wenn durch das Locarno-Abkommen die Sicherheit der Nationen Westeuropas herbeigeführt ist, so steht der Weg zur Abrüstung wie zur allgemeinen Annahme des Schiedsverfahrens als der einzigen Methode der Regelung internationaler Streitigkeiten offen.

## Unterhausdebatte nächsten Mittwoch.

London, 11. November. (WB.) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ berichtet, es sei bereits vereinbart worden, daß die Unterhausdebatte am nächsten Mittwoch vollständig über den Sicherheitspakt von Locarno gewidmet sein soll. Es verlautet, daß keine formelle Entscheidung eingebracht werden wird, sondern daß das Unterhaus diese Frage anlässlich eines Beratungsantrages erörtern wird. Baldwin, Chamberlain, MacDonald und Lloyd George werden sich an der Debatte beteiligen.

## Locarno-Geist in Frankreich.

Ein Zirkular des neuen Unterrichtsministers.

Der 11. November wird als Tag des Waffenstillstandes in ganz Frankreich gefeiert, auch in den Schulen wird der Kampf und Gefallen des Weltkrieges gedacht. Der neue Unterrichtsminister Jean Delbos, ein noch junger radikal-sozialistischer Abgeordneter, hat nun an alle Lehrer ein Rundschreiben erlassen, in dem er darum ersucht, daß bei den diesjährigen Ansprachen die Bemühungen Frankreichs zur Vermeidung neuer Kriege hervorgehoben werden. Insbesondere sollen „die in London und Genf gemachten Fortschritte, der Abschluß der Locarno-Verträge und der erfreuliche und prompte Erfolg der jüngsten Initiative des Völkerbundes“ dabei erwähnt werden. Sodann heißt es in dem Rundschreiben:

„Dank diesen Bemühungen organisiert sich Europa schon jetzt in wirksamer Weise; überhaupt wird sich allmählich die ganze Welt auf juristische und sittliche Grundsätze einstellen, deren Wert von den edelsten Vorkämpfern der Menschheit in allen Zeiten verkündet wurde: Die internationale Solidarität, die Achtung vor den Verträgen, das Verbot der Gewaltanwendung und die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit. Der Völkerbund verkörpert diese Ziele und gewährleistet die schwer erzielten Ergebnisse; man kann nicht nachdrücklich genug seine Rolle hervorheben.“

Wenn die heranwachsende französische Generation in diesem Geiste beeinflusst wird, so ist das jedenfalls besser, als wenn sie nur, wie bisher, mit nationalistischen Phrasen gefüttert wird.

Auch in Deutschland läte ein solcher Schulunterricht not. Die Reichsverfassung schreibt sogar ausdrücklich vor, daß die Jugend „im Geiste der Völkerverbrüderung“ erzogen werde. Kann man aber von deutschnationalen und nationalliberalen Oberlehrern dergleichen erwarten? Und ist von den Kultusministern der Bürgerblockregierungen Bayerns, Thüringens, Mecklenburgs usw. jemals ein Rundschreiben zu erhoffen, das nur einen Hauch von dem Geiste atmen würde, der das Zirkular des französischen Ministers Delbos befeht?

## Der tschechoslowakische Wahlsonntag.

29 Parteien!

Das ganze Gebiet der tschechoslowakischen Republik ist für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 15. d. Mts. in 22 und für die Wahlen in den Senat in 12 Wahlkreise aufgeteilt. In den 22 Wahlkreisen für das Abgeordnetenhaus, in denen 300 Abgeordnete zu wählen sind, kandidieren 3378 Kandidaten von insgesamt 29 politischen Parteien. In den 12 Wahlkreisen für den Senat, der 150 Mitglieder hat, haben 24 Parteien 1540 Kandidaten aufgestellt. Die fünf Koalitionsparteien und die Kommunisten kandidieren zu beiden Wahlen in sämtlichen Wahlkreisen. Von den deutschen Parteien kandidiert der Bund der Landwirte für das Abgeordnetenhaus in 18 und für den Senat in 11 Wahlkreisen, die deutsche Sozialdemokratie in 16 bzw. 8 Kreisen. Die jüdische Partei hat Kandidaten für 20 bzw. 4 Wahlkreise aufgestellt. Die Unabhängigen Kommunisten kandidieren nur für das Abgeordnetenhaus und zwar in 8 Wahlkreisen.

## „Lichtscheue“ Sprache.

Oft tauchen Redensarten auf, die Allgemeinheit werden, um ebenso rasch zu verschwinden. Die besten unter ihnen, die Beliebtheit erlangen und sich für länger, mitunter selbst dauernd einbürgern, sind, entsprechend den Gesetzen jeglicher Sprachbildung, niemals Kunstprodukte oder Erfindungen eines einzelnen; sie stammen vielmehr aus der Werkstatt des Volkslebens, und zwar aus dessen tiefstem und am meisten verborgenen Treiben. Neben der Gaunersprache, mit der man sich oft genug beschäftigt hat, besteht eine halb- und Kundenweltsprache von echt und gut Berlinerischer Färbung. Sie ist geboren in Kellertreppen, greift über Asyl und Krankenanstalten in das weitere Volkswejen über und wird zuletzt eigentlicher Volksbesitz — schon deshalb, weil ihre bilderreichen, anschaulichen Worte wirklich etwas zu sagen und zu verdeutlichen haben.

Gehen wir also in irgendein Kiech (meist ist es nach einem Bahnhof benannt). Im Keller sitzen Raaben und die Penner, keine Cannonen im eigentlichen Sinne, sondern jugendliche Arbeitslose, früher Kunden genannt, die es aufgegeben haben, sich nach Arbeit umzusehen — denn es riecht sauer, für so wenig Geld die Woche über arbeiten zu müssen. Das Abkochen (Essen) wird sich schon irgendwie ermöglichen lassen — man geht eben wackeln, man wackelt ab (beteln). Hat man keine Marie (Geld), dann geht man an schaffen oder ockern und besorgt sich auf diese Art des außerordentlichen Arbeitens Platten und Kohlen (d. h. ebenfalls Geld). Vor den Bullen (der Polizei) muß man sich in acht nehmen, ebenso vor den Achtern (den Spiegeln), die einen gern verlampen, und wenn man Lampen hat (gesucht wird), dann ist auch der Knast (das Gefängnis) nicht mehr fern. Den bekommt man, wenn man auf Verladen ausgeht, wenn man einen Stubben hereinsetzt und ihn aufs Kreuz schmeißt. Weniger gefährlich ist das Belatschern (Ueberrreden auf gute Art), man muß aber, wenn man einen machen will, recht vorsichtig sein, daß man nicht vermach wird, denn dies ist gleichbedeutend mit Verhautwerden. Ebenso muß man schauen, daß einem die Tour nicht vermasselt wird; am besten ist es, man hat einen guten Pauer (Kameraden).

So schlimm das alles klingt, so böse die Welt der Keller zu sein scheint, hier sind doch noch nicht die eigentlichen Verbrecher, die etwas wegstoßen oder abdrücken und fliehen und fürmen, wenn diese Luft ist — es sind die Anfänger, die, tot und ausgepöckelt, gern trampeln, d. h. einen, der mehr Marie hat, übers Ohr hauen und auf seine Kosten papen (sich gültlich tun) — auf die Schnelle (auf die Füße), auf die Kesse (wobei Tour zu ergänzen ist).

Es genügt aber, um ein ernstes soziales Bild erkennen zu lassen. Darüber hilft auch das Anschauliche und Bihige nicht hinweg — erst die Ergiehung zur Arbeit, so diese auch genügend vorhanden ist, kann rettend eingreifen, und dann mag man sich auch an der Urmüdigkeit von Berliner Sprachbildungen freuen.

## Ein gesundheitbedrohender Unfug.

Die hygienischen Zustände sind in den Laubentkolonien nicht immer so, wie man es für diese Erholungsstätten der Kinderbewahranstalten wünschen muß. Leider fehlt es auch hier nicht an Leuten, die ohne Rücksicht auf ihre Mitmenschen ihren (mit Verlaub, zu sagen) Dreck umherwerfen. Wo eine straffe Organisation der Kolonien besteht, wird solcher Mangel an Gemeinshaftsgenüß scharf entgegengetreten und bald Abhilfe geschaffen. Aber gegen Belästigungen dieser Art, die von außen kommen, sind die Laubentkolonien ziemlich machtlos. Der altberühmte Unfug, die Umgebung der Laubentkolonien und die zu ihnen führenden Wege als wilde Abladestellen für allerlei Unrat zu benutzen, ist schwer auszurotten. Die Zustände, die da manchmal einreisen, werden durch eine uns aus einer Laubentkolonie zugegangene Schilderung beleuchtet. In der Laubentkolonie „Liedland“, die nahe der Landsberger Allee hinter der Eisenbahnbrücke liegt, hat sich eine Versammlung der Laubentkolonisten mit der Frage beschäftigt, müssen, wie dem Uebel abzuhelfen sei. Eine die Kolonie durchschneidende künstliche Straße, die noch nicht reguliert ist, wird ordnungs- und vor allem auch vernunftwidrig zur Schuttabladestelle gemacht. Auch Tierkadaver werden hier hingeworfen und dienen dann, wie die Schilderung sagt, den Kindern als „Spielzeug“. Die Kolonisten haben von Zeit zu Zeit die Fleischvernichtungsanstalt anrufen müssen, damit die Kadaver abgeholt wurden. Einmal war darunter sogar ein totes Fohlen von ansehnlicher Größe. Auch die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde einmal von Kindern gefunden, die spielend in der Erde „buddelten“. Die von dem Hund benachrichtigte Kriminalpolizei hatte Gelegenheit, sich die Gegend anzusehen. Aber geändert wurde nichts. Das Bezirksamt Prenzlauer Berg ist gleichfalls von den Zuständen unterrichtet worden, ohne daß Besserung erreicht wurde. Die uns zugegangene Beschwerde hebt hervor, daß wenige Minuten von dieser Unratsstätte die neue Großmarkthalle liegt. Wird da nicht bald für Abhilfe gesorgt werden?

## Großfeuer auf einem Holzplatz.

Heute morgen gegen 1/2 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr nach der Trakehner Str. 3 alarmiert, wo auf dem Holzplatz der Firma Stepputat u. Schwabe ein großer Schuppen, in dem Fournierhöfzer lagerten, in Brand geraten war. Drei Vöschzüge waren schnell zur Stelle, die mit drei B-Rohren gegen den Brandherd vordrängten. Bereits nach einstäündigem Wassergeben war die Hauptgefahr beseitigt. Die Aufräumarbeiten erstreckten sich jedoch noch bis in die achte Morgenstunde hinein. Wir erfahren hierzu noch folgendes: Gegen 1/3 Uhr morgens will ein Besucher, der in unmittelbarer Nähe des Platzes seine Wohnung hat, auf dem Holzplatz verdächtige Geräusche gehört und einige Männer über den Platz haben laufen sehen. Er will auch auf die fliehenden einige Schiffe abgegeben haben. Darauf begab er sich wieder zur Ruhe. Um 1/5 Uhr wurde von vorübergehenden Passanten bemerkt, daß von dem Holzplatz Rauchwolken und Flammen aufstiegen. Sie alarmierten sofort die Feuerwehr, die dann den Brand bekämpfte. Der Brandherd konnte glücklicherweise auf den einen großen Schuppen beschränkt werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

## Der Bille-Film bei den Arbeitenden.

Der Bille-Film „Die Verurteilten“, der in einem eleganten Kino des Berliner Westens seine Uraufführung erlebte, selbst kontrastierend zu dem glänzenden Lauf und Ab der anliegenden Straßen, hat man in die Kinos der ganzen Stadt keinen Einzug gehalten. Seiten verdient aber wohl ein Film es so, einem möglichst breiten Publikum vorgeführt zu werden, wie diese Folge von Elendsbildern aus dem Leben der Ärmsten der Armen. Und wenn die Abrüstung zum Kinodrama verklärend erscheint, der darf nicht vergessen, daß gerade der Abstieg des Mannes aus den bürgerlichen Kreisen Zahllosen erst das Gefühl erweckt: das bist du; und daß der persönliche, nicht recht wahrhaftig scheinende Ausgang eine an sich belanglose Konzeption an den Gesichts des Durchschnitts-Kinobesuchers darstellt. Darüber hinaus hat der Film die Bedeutung eines Evangeliums! Das alles hat Menschen wie du, Menschen die wirklich leben, unter diesen Verhältnissen leben; Ander werden hier groß, in „Wohnungen“, die so nah sind, daß junge Rachen darin krepieren; und wenn es an Brot fehlt, so findet sich doch auch für sie hier und da ein Schluck Schnaps. — Alle, die sich den Film freiwillig nicht

ansehen, sollte man fast zwingen, hinzugehen. Vielleicht spukte dann etwas davon manchmal durch ihre Träume und breitete einen kleinen Schimmer von Nächstenliebe über ihr Handeln am Tage. Jedenfalls ist es überaus dankenswert, wenn jetzt auch das Bezirksamt Lichtenberg sich des Films angenommen hat und ihn in der Städtischen Jugendbühne eine Woche lang vorführt. Der rege Besuch am ersten Tage läßt auch für die folgenden Abende gutes hoffen. Und das ist gewiß: wer den Film sah, wird künftig rascher im Berstehen und langsamer im Verurteilen der „Verurteilten“ sein. — Dem Film voran geht ein Lichtbildervortrag „Bille als Reich und Künstler“, in dem Stadtkommissar Griespe es verstand, aus dem Werk des Künstlers geschickt das Verständnis für seine Absichten, und damit auch für die Absichten des Films zu erschließen.

## Aufklärung des Raubmordes in Stralsund.

Die Täter verhaftet und dreifacher Tat geständig.

Wie wir seinerzeit berichteten, wurde am 13. Juli d. J. in Stralsund ein betagtes Fräulein Kaiser in der Wohnung des Postassistenten Fiedler in der Seestraße ermordet und beraubt aufgefunden. Fiedler und Frau waren verheiratet und hatten Fräulein Kaiser, einer Verwandten, ihre Wohnung in Obhut gegeben. Geräubt waren besonders 5 Alben mit wertvollen Briefmarken, eine Sammlung, die in Philatelistenkreisen Stralsunds sehr bekannt war. Es ergab sich, daß die Ermordete schon längere Zeit tot in der Wohnung gelegen haben mußte. Die Raubmörder waren spurlos verschwunden.

Nunmehr ist es dem Beamtenstab des Kriminaloberinspektors Gennat gelungen, die Bluttat vollständig aufzuklären und die beiden Täter hinter Schloß und Riegel zu bringen. Es sind bisher unbestrafte junge Männer aus besseren Familien, ein 20 Jahre alter früherer Landwirtslehre Kurt Raschke und ein 22jähriger Kaufmann Friedrich Böttger. Sie haben ein umfassendes Geständnis abgelegt. Raschke und Böttger lernten sich im März dieses Jahres kennen, als beide für ein hiesiges Hütgeschäft die Provinz bereisten. Sie hatten wenig Erfolg, gaben die Tätigkeit im Hütgeschäft auf, verließen Berlin und zogen ohne Beschäftigung im Lande umher. Wochenlang lagen sie auf der Landstraße und begingen auch kleinere Diebstähle. Fast immer waren sie ohne Geld. So kamen sie beide nach Stralsund, wo Raschkes Eltern wohnten. Er traute sich aber nicht hin, weil er ihnen vorgespiegelt hatte, daß er eine gute kaufmännische Stellung habe. Eine Zeitung nächtigen sie in der Nähe Stralsunds in einem Heuschloß. Dann haften sie in einem Lager, das sie sich auf der „Schwedenschanze“ zurechtgemacht hatten. So kamen sie immer mehr herunter. Da entfielen sich Raschke des Postassistenten Fiedler und seiner Briefmarkensammlung, deren man sich wohl durch einen Einbruch bemächtigen könne. Er besprach die Sache mit Böttger. Dieser mußte dann die Verstecktheit und die Gelegenheit ausnützen. Eines Abends klingelten sie an Fiedlers Wohnung. Fräulein Kaiser öffnete, und von ihr erfuhren sie nun, daß Fiedler und Frau erst am 20. Juli zurückkehren würden. Gleich am nächsten Morgen beschlossen sie darauf, die alte Dame „unschädlich“ zu machen und die Briefmarkensammlung zu rauben. Als Fräulein Kaiser auf Klingeln öffnete, war ihr Böttger sofort Pfeffer ins Gesicht. Der Bursche ging jedoch fehl. Jetzt drangen beide in die Wohnung ein, packten die Dame an der Kehle und steckten ihr ein Taschentuch in den Hals. Nachdem sie so wehrlos gemacht war, schnürten beide ihr Hände und Füße zusammen und legten sie im Schlafzimmer auf ihr Bett. Jetzt durchsuchten sie die Räume. In einer Kommode fanden sie eine Kassetten mit 60 Mark, die sie einsteckten, im Herzzimmer im Bücherregal die 5 Alben. Damit hatten sie ihr Ziel erreicht. Als sie die Wohnung verlassen wollten, fiel es Raschke ein, daß das Taschentuch kein Monogramm trug. Er ging also zurück, zog der Ueberfallenen das Taschentuch aus dem Hals und steckte ihr ein Handtuch hinein. Wie er behauptet, war das Fräulein noch am Leben.

Zunächst fuhren die beiden nach Stettin und von dort nach Berlin, wo sie die Briefmarken ihres Inhalts beraubten, die Alben im Ofen eines Hotelzimmers verbrannten und die Marke für 500 Mark verkauften. Das Geld war natürlich bald alle. So jannnen sie auf neue Pläne. Böttger erinnerte sich eines Vertegers von Fachschriften, bei dem er einmal beschäftigt gewesen war. Er selbst durfte sich dort nicht sehen lassen. Deshalb mußte Raschke den hier geplanten Raub ausführen. Er erbeutete dabei 250 Mark. Auch die hielten nicht lange vor. Der nächste Plan galt einem Steinschmelzer in der Heidestraße, den Böttger ebenfalls kannte. Er scheiterte jedoch an dem Widerstand des überfallenen Meisters. Die beiden Räuber mußten fliehen, entkamen zunächst und trennten sich. Nach einiger Zeit wurde Böttger auf dem Bahnhof Charlottenburg ergriffen, Raschke war verschwunden. Ständige Beobachtungen stellten fest, daß er vorgeföhren endlich nach Berlin zurückgekehrt war. Jetzt wurde auch er ermittelt und festgenommen. In eingehenden Verhören gaben endlich beide die drei Ueberfälle zu.

## Stadtverordneter Dr. Kirchner verstorben.

Heute vormittag ist plötzlich der bekannte deutschnationale Stadtverordnete, der frühere Obermedizinalrat Dr. Kirchner an einem Schlaganfall im 72. Lebensjahre gestorben. Kirchner war Vorsitzender des Städtischen Haushaltsausschusses und nahm als solcher an den Arbeiten der Stadtverordnetenversammlung einen sehr lebhaften Anteil. Er gehörte zu den älteren und in vielen Fragen gemäßigteren Führern der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion. — Kirchner war in die neue Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg gewählt worden, wo die Deutschnationalen eine ihrer stärksten Organisationen haben. In seine Stelle rückt der deutschnationale „Arbeiter“ Johannes Köbberling ein.

Zu dem Bootsunglück auf dem Tegeler See. Dem Reichswasserschutz ist es bisher nicht gelungen, die Leiche des bei dem Unglück ums Leben gekommenen Studenten der Hochschule für Leibesübungen Heinrich Weber zu bergen. Auch gestern waren wieder den ganzen Tag zwei Boote mit Suchleuten in Tätigkeit. Man nimmt an, daß die Leiche in der Nähe des Worligsdammes, der zurzeit aufgeschüttet wird, angepöckelt ist; das vorhandene Geröll aber erschwert die Sucharbeiten ungemein. Es ist aber auch die Möglichkeit vorhanden, daß der Leiche schon von Schutt und Geröll vollständig bedeckt ist; in diesem Falle läme die Leiche wohl kaum am Tageslicht.

Millionendiebstahl im Museum in Sofia. Im Ethnographischen Museum in Sofia wurde ein frecher Einbruch verübt. Die Eindrehen erbeuteten zahlreiche Wertgegenstände, darunter eine kostbare Sammlung von Goldmünzen und eine goldene Statuette Alexander des Großen, die aus dem vierten Jahrhundert vor Christi Geburt stammt. Der Gesamtwert der gestohlenen Gegenstände wird auf etwa zwei Millionen Mark geschätzt. Die Polizei hat über 35 Personen, darunter mehrere Angestellte des Museums, verhaftet.

Schwere Grubenkatastrophe in Sowjetrußland. In den Raphthagruben von Czornij hat ein Explosionsbrand 7 Arbeiter getötet und 14 schwer verletzt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. Kreis Schöneberg-Heidenau. Donnerstag, 12. November, abends 8 Uhr, bei Rosenhals, Schöneberg, Oberstr. 64, Sitzung der Arbeiterkommission — alle Angelegenheiten müssen vertreten sein.
14. Abt. Wohnung. Der Jahrbuch findet heute abend nicht bei Föhnt, sondern bei Kant, Kerpstraße 20, statt.
122. Abt. Wandenburg. Abt. 111 die Mitgliederversammlung findet nicht heute abend, sondern erst morgen Donnerstag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Ring halt.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Stellenlosigkeit der Angestellten.

### Vorläufige Ergebnisse einer amtlichen Erhebung.

Mit Rücksicht auf die katastrophalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten hat der Haushaltsausschuß des Reichstags beschlossen, daß die Regierung eine Erhebung über die Zahl der stellenlosen Angestellten vornehmen soll. Diese Erhebung wurde am 16. Juli dieses Jahres durchgeführt und ihre ersten Ergebnisse sind im „Reichsarbeitsblatt“ vom 2. November der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Danach wurden am 16. Juli 1925 53 966 männliche und 13 019 weibliche, zusammen 66 985 stellenlose Angestellte gezählt.

Die Beteiligung an der Zählung war freiwillig. Außerdem sind die Vorbedingungen für eine solche Statistik recht schwierig. Es wird deshalb vom Reichsarbeitsministerium angenommen, daß die wirkliche Zahl der stellenlosen Angestellten ungefähr um ein Fünftel höher ist als die hier ermittelte Zahl. Alle Angestellten, die am 16. Juni eine, wenn auch noch so kurze Ausschulung inne hatten, wurden nicht als stellenlos gezählt.

In Berlin wurden 8500 männliche und 3200 weibliche stellenlose Angestellte ermittelt. Fast ein Viertel aller stellenlosen Angestellten waren zwischen 20 und 25 Jahre alt. Besonders groß war auch der Anteil der zwischen 40 und 50 Jahre alten Angestellten an der Zahl der Stellenlosen. Von den männlichen stellenlosen Angestellten waren ungefähr 30 Proz. über 40 Jahre alt. Mehr als die Hälfte der am 16. Juli stellenlosen Angestellten war damals bereits seit über sechs Monaten ohne Stellung. Groß war auch die Zahl der seit dem Frühjahr 1925 entlassenen Angestellten.

Eine Prüfung der Antragsziffern der Angestellten bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen läßt erkennen, daß die Zustände vom Juli dieses Jahres erst heute noch ziemlich unverändert weiterbestehen. Es muß die Aufgabe des in wenigen Wochen wieder zusammenzutretenden Reichstags sein, aus der von ihm angeregten Untersuchung nun die Konsequenzen zu ziehen und Maßnahmen zu fördern, die den stellenlosen Angestellten Arbeit und Verdienst geben können.

## Die Schäden der Zollpolitik für die Konfektion.

### Die Arbeiter sollen die Zehne zahlen.

In einer Versammlung der in der Berliner Herren-, Knaben- und Burdenskonfektion Beschäftigten am Dienstag in den Rüstergasse 100, berichtete Blass vom Deutschen Beschäftigtenverband über das Ergebnis der Reichsarbeitsverhandlungen. Er unterzog zunächst die Verhältnisse in der gesamten Konfektion einer eingehenden Kritik. Daß sich die Zustände in der letzten Zeit so wesentlich verschlechtert haben, ist hauptsächlich auf die Wirkungen der Zollpolitik zurückzuführen. Hätte die weiterverarbeitende Industrie sich gegen die Zollwünsche der Rohstoffindustrie ebenso hartnäckig gestemmt, wie sie es gegen jede Lohnforderung der Arbeiter zu tun gewohnt ist, wäre es ganz bestimmt möglich gewesen, für Textilwaren bedeutend niedrigere Zollsätze als die jetzigen zu erreichen. Diese Unterlassungssünde führte dazu, daß die Bekleidungsstücke stark verteuert wurden und der Export sowohl wie der Absatz im Inlande, zumal bei der schwachen Kaufkraft der Bevölkerung, zurückgegangen ist. Nun, da das Kind in den Brunnen gefallen ist, jammert die Fachpresse über die schädlichen Auswirkungen der Zölle. Um den Schaden wieder wettzumachen, treiben jetzt die Unternehmer der Konfektion in der Lohnfrage reinste Konjunkturpolitik. Das zeigte sich besonders deutlich bei den letzten Lohnverhandlungen. Es war eine Erhöhung des Stücklohnes um 12 1/2 Proz. gefordert und des Zeitlohnes um 18 Proz. Die Unternehmer lehnten jede Lohnhöhung rundweg ab und stellten sogar in Aussicht, für einzelne Gruppen eine Herabsetzung der Bezahlung vorzunehmen. So wollen sie z. B. den Heimarbeiterszuschlag von 12 1/2 Proz. auf 10 Proz. herabgesetzt haben und eine für die Arbeiter nachteilige Veränderung der Serien vornehmen. Zur Begründung ihrer Forderungen verwiesen die Unternehmer auf die schlechte Geschäftslage und die zunehmende Zahl der Konkurse. Sie vergessen dabei ganz, daß die Zahl der Konkurse von 1913 bis 1924 in keinem Verhältnis steht zu der Zahl der jährlichen Vorkriegskonkurse. Durch die vielen Nachkriegs- und Inflationsgründungen ist eine derartige Ueberhebung in der Konfektion vorhanden, daß Konkurse geradezu unvermeidlich sind. Da jede der im Wirtschaftsförderer zuviel vorhandenen Firmen verdienen will, der Warenmarkt aber nur ungefähr 75 Proz. der Vorkriegszeit beträgt, ist eine Verteuerung der Waren die zwingende Folge solcher unnatürlichen Wirtschaftspolitik. Die Arbeiterschaft erkennt den Reinigungsprozess in deutschen Wirtschaftsleben als notwendig an und kann sich dennoch nicht davon abhalten lassen, erforderliche Lohnhöhungen geltend zu machen.

Leider muß auf die Durchsetzung der gestellten Forderungen in dieser Saison verzichtet werden, da leider die organisatorischen Voraussetzungen teilweise fehlen. Die Zeit bis zur Frühjahrskonferenz muß ausgenutzt werden, um die vielen der Organisation noch Fernstehenden zu gewinnen. Auch die Arbeiter, die da glauben, durch ihre Zugehörigkeit zum Verband der sogenannten „Opposition“ Berge versetzen und ihre Lebenshaltung verbessern zu können, müssen endlich einsehen, daß durch die unzufolge Zersplitterung nichts erreicht werden kann. Wenn im Frühjahr eine wesentliche Lohnaufbesserung erreicht werden soll, müssen alle in der Konfektion Beschäftigten dafür Sorge tragen, daß die maßgebende Organisation, der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband, wieder geeigert und schlagkräftig dasteht.

In der regen Diskussion, in der ein Anhänger der „Opposition“ mit seinen Redereien wenig Anklang fand, fanden die Ausführungen des Referenten vollste Unterstützung. Die Versammelten stimmten darin überein, die Bewegung bis zum Frühjahr auszusuchen und dann, wenn das Organisationsverhältnis ein besseres ist, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse einzutreten.

## Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Rote Fahne“ in ihrer letzten Sonntagsausgabe eine „Arbeiterkorrespondenz“, die sich mit der Entlohnung der Karteneinnehmer und Garderobefrauen in den Staatstheatern in Berlin befaßt. Die Frauen bekämen für einen Abend 80 Pf. bis 1,35 M., bei einer Arbeitszeit von 6 1/2 Uhr abends bis 11 1/2 Uhr nachts. Dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird dann die Schuld dafür zugeschoben.

„Im Verbandsorgan des Verbandes der Staats- und Gemeinbediensteten heißt es immer wieder, „Gemeinde- und Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein!“ Wo bleibt nun die Musterentlohnung in den Staatstheatern? Oder sind diese hierbei nicht gemeint?“

Also — weil der Verband die programmatische Forderung erhoben hat: Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein, wird er beschuldigt, daß dieses Programm noch nicht durchgeführt sei. Es wird die Frage aufgeworfen:

„Wann gedenkt der Verband sich mit diesem unerhöhten Zustand ernstlich zu befassen?“

Die Karteneinnehmer und Garderobefrauen der Staatstheater werden von dem bestehenden Tarifvertrag nicht erfaßt, bedingt erstens durch die Kürze der Beschäftigungsdauer und zweitens dadurch, daß es sich vorwiegend um Personen handelt, welche diese Tätigkeit nebenberuflich ausüben. Abgesehen davon hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wiederholt mit der Generalverwaltung für diese Gruppen besondere Lohnvereinbarungen getroffen. Erst in den letzten Jahren ist ihm dies von den Beteiligten selbst unmöglich gemacht worden. Als nämlich versucht wurde, das Trinkgeldwesen durch entsprechende Zuschläge zu bekämpfen, um dadurch eine höhere Bezahlung zu erwirken, waren es die Beschäftigten selbst, die dagegen protestierten und der Generalverwaltung erklärten, daß sie mit ihrer Bezahlung zufrieden seien. Die weitere Frage der „Roten Fahne“:

„Wie lange gedenken die Karteneinnehmer und Garderobefrauen noch in dieser Hinsicht mit sich Schindluder treiben zu lassen?“

Sie sollte jedoch den Versuch unterlassen, mit den Gewerkschaftsorganisationen Schindluder zu treiben.

## Zum Kampf in der Chemie.

Am 3. November tagte die Generalversammlung der Farbwerke in Leverkusen. Geheimrat Dr. Duisberg sprach über den werdenden Anilintrust und über die Aussichten auf wirtschaftlichem Gebiet. Dabei sagte er unter anderem, die deutsche chemische Industrie habe einen Verlust von 50 Proz. des Exportes zu verzeichnen, aber dafür sei auf anderen Gebieten ein erheblicher Zuwachs eingetreten. Die anorganische Produktion sei größer denn je, sie sei auf das Doppelte gesteigert. Auf pharmazeutischem Gebiete habe die gute Entwicklung angehalten. Der Absatz an Stickstoff sei 50 Proz. größer, als früher Chlorsäure eingeführt wurde. Aus der Inflationszeit sind noch billige Lagerbestände vorhanden. Dr. Duisberg hofft wieder auf Dividenden wie im Vorjahr. Die Aktionäre können das Vertrauen haben, daß ihre Interessen wie bisher gewahrt würden. In der Fusion sei es notwendig, die Arbeitsfreudigkeit bis zum einzelnen Arbeiter zu erheben.

Was alles steht günstig. Und weshalb verweigert man der Arbeiterschaft die notwendige Lohnzulage und wirft sie auf die Straße? Um die Arbeitsfreudigkeit zu erhalten?

## Der Brauereiarbeiterstreik in Breslau.

Breslau, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik in den Breslauer Großbrauereien umfaßt zurzeit rund 1000 Arbeiter. Die Behauptung der Arbeitgeber, daß es sich um einen Tarifbruch handele, ist nach der Darstellung der beteiligten Arbeitnehmerorganisationen nicht haltbar. Der Verein städtischer Brauereien hat eine tarifmäßige Lohnhöhung abgelehnt, weil angeblich eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei. Die Technische Reichsanstalt wurde vom Regierungspräsidenten eingesetzt, obwohl die Arbeitnehmerorganisationen zu Verhandlungen über die Notstandsarbeiten bereit waren.

## Arbeiter und Volksschule in Mexiko.

(G.B.) Der in Suarez abgehaltene sechste Kongreß des mexikanischen Gewerkschaftsbundes (CRDM) faßte seinerzeit den Beschluß, einen nationalen Kongreß von Volksschullehrern einzuberufen. Es sind nun Schritte unternommen worden, um diesen Beschluß zu verwirklichen, indem das Zentralkomitee des CRDM zunächst unter den angeschlossenen Organisationen eine Erhebung über den Grad der Schulbildung unter den Verbandmitgliedern eingeleitet hat. Man beabsichtigt, nicht nur die mexikanischen, sondern auch die Volksschullehrer Zentral- und Südamerikas zu der geplanten Konferenz einzuladen, die sich nicht nur mit Erziehungsproblemen, sondern auch mit den wirtschaftlichen Interessen der Lehrer befassen wird.

Verband der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Berlin, Gemeindefürsorgeverwaltung der Fachgruppen Baugewerke, Architekten und Steinmetzen morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, im Hofe. Zur alten Geheimrats-Ruete, Berlin SW, Jerusalemstr. 6 (nahe Dönhofsplatz).  
Gewerkschaft Deutscher Metallarbeiter, Berlin, Funktionär-Konferenz des KDB morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, Mittelallee Brauerei Pfefferberg, Schinhausener 178.

# Wirtschaft

Buch- und Betriebsprüfungen für Steuerzwecke. Der Reichsminister der Finanzen hat am 9. November 1925 eine Verordnung zur Durchführung von Buch- und Betriebsprüfungen erlassen, in der u. a. folgendes bestimmt wird: Buch- und Betriebsprüfungen können im Steuerermittlungsverfahren, im Steuerstrafverfahren oder in Ausübung der Steueraufsicht bei Steuerpflichtigen, die nach den Steuergeheimbüchern zu führen oder Aufzeichnungen zu machen haben, zum Zwecke einer Nachprüfung von Verhältnissen angeordnet werden, die für die Besteuerung oder für ein Steuerstrafverfahren von Bedeutung sein können. Besonders gilt dies für Großbetriebe (das sind Gewerbebetriebe, die mehr als 30 Personen einschließlich des Inhabers beschäftigen, ferner ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Personen alle sonstigen Betriebe, die nach Umfang und wirtschaftlicher Bedeutung als wichtig anzusehen sind). Die Großbetriebe werden im Rahmen der fortlaufenden Durchprüfung von Betrieben mindestens alle drei Jahre einmal einer ordentlichen Buch- und Betriebsprüfung durch entsprechend vorgeschulte Beamte, Angestellte oder Sachverständige der Reichsfinanzverwaltung unterworfen; neben den ordentlichen Buch- und Betriebsprüfungen können außerordentliche Prüfungen vorgenommen werden, wenn ein besonderer Anlaß dazu vorliegt, insbesondere, wenn sich Bedenken gegen die Richtigkeit von Angaben eines Steuerpflichtigen oder gegen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung ergeben haben. Die ordentlichen Buch- und Betriebsprüfungen sollen ein vollständiges Bild von der gesamten Betriebsführung ergeben; sie haben daher jeweils den Zeitraum bis zu der zuletzt erfolgten Prüfung zu umfassen.

Steigender Zuckerverbrauch und steigende Zuckerproduktion. Die Weltziele an Rohrzucker war 1924/25 eine außerordentlich gute, besonders in dem Hauptzuckerland Kuba. Die Großhandelspreise zeigten daher eine rückgängige Bewegung, die jedoch nicht besonders stark war, da eine unerwartet große Nachfrage nach Zucker entwickelt wurde, sowohl von Amerika, als auch von Indien, Japan und China und unter europäischen Staaten ganz besonders von Rußland, außerdem von Italien, Spanien und England. Der Weltverbrauch an Zucker hat sich 1924/25 um ungefähr 12 Proz. vergrößert, während die Zuckerzeugung um mehr als 16 Proz. zugenommen hat, und zwar stellte im Gegensatz zur Vorkriegszeit die Rohrzuckerproduktion den größten Teil — fast zwei Drittel des Weltbedarfs. Deutschland jedoch war vom ausländischen Rohrzucker unabhängig, trotzdem in den der Ernte von 1924 folgenden Monaten September bis Januar ein Mehrverbrauch von 55 Proz. gegenüber dem Vorjahr in Erscheinung trat.

Zur Lage der Braunkohlenindustrie. In der Generalversammlung der Braunkohlen- und Brikettindustrie L.-G. (Bubiag) äußerte sich Generaldirektor Dr. Karl Bären über die Aussichten wie folgt: Daß der der jetzigen Jahreszeit die Brikettwerte der Gesellschaft einen normalen Absatz hätten und voll beschäftigt seien, sei nicht besonders hervorzuheben. Die Gesellschaft habe im Brikettabsatz der Laufzeit einen schwierigen Sommer hinter sich, was daraus zu erklären sei, daß Händler und Konsum kein Geld gehabt hätten, um Einkäufe vorzunehmen. Es sei noch nicht gemeldet, daß die Gesellschaft in den Monaten April, Mai und Juni sich habe einen Vorrat von 700 000 Tonnen einer Monatsproduktion, hinlegen müssen. Im Juli habe infolge der Tatsache, daß im August die Winterpreise zur Anrechnung kommen, ein regerer Absatz eingeleitet, der jetzt noch anhalte. Trotzdem sei es nicht möglich gewesen, die auf Vorrat hergestellten Briketts unterzubringen. Sehr ungünstig sei der Absatz in Rohkohle, der fast bedeutungslos wäre. In den Kohleerzeuger seien die Umsätze bedrückend, auch in Rohkohle, weil hier die Hauptabnehmerin von Rohkohle, die Kalkindustrie liege, die gut beschäftigt sei. Es sei angelehnt dieser Geschäftslage auch für das laufende Geschäftsjahr ein günstiges Ergebnis zu erwarten. Die Bilanz schließt mit einem Reingewinn von 2 178 731 M., aus dem eine 10prozentige Dividende für 18 400 000 Stammaktien und eine 7prozentige Dividende für die mit 50 Proz. eingezahlten 320 000 M. Vorzugsaktien zur Verteilung gelangt. Es ist interessant, daß bei dieser zum Friedländer-Konzern gehörenden Gesellschaft die Arbeitnehmer keine Stelle im Aufsichtsrat befehlig haben. Nach Auskunft der Verwaltung liegt dies daran, daß die Arbeitnehmer keine Wahl vorgenommen haben. Es wäre sehr interessant, diese Interessenslosigkeit — oder sollte es etwas anderes sein — auf ihre Gründe zu untersuchen.

Der Wirtschaftsoversee Frankreichs mit seinen Kolonien. Der französische Kolonialbesitz, der in einzelnen Teilen jetzt so stark umstritten ist, hat zwar für das Mutterland bei weitem nicht dieselbe wirtschaftliche Bedeutung, wie etwa die englischen Kolonien, ist aber trotzdem sowohl als Lieferant von Kolonialprodukten, wie auch als Absatzgebiet für Produkte des Mutterlandes wichtig. 1924 waren, wie im französischen „Econometre“ ausgeführt wird, an der Gesamteinfuhr nach Frankreich im Werte von 40 Milliarden Frank die französischen Kolonien mit 4 Milliarden Frank beteiligt. Von der französischen Warenausfuhr, die sich auf 41,5 Milliarden Frank belief, gingen 5,3 Milliarden in die Kolonien. Damit weist der Anteil der französischen Kolonien an den Importen in das Mutterland von 1922 bis 1924 eine geringe Steigerung von 2,6 Proz. auf 10,1 Proz. auf; während der Anteil an den Exporten von 14,6 Proz. auf 12,7 Proz. zurückging. Das wirtschaftlich bei weitem wichtigste Kolonialland Frankreichs ist Algerien, auf das zwei Fünftel der kolonialen Importe und fast die Hälfte der kolonialen Exporte Frankreichs entfallen.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Felix Salernus; Redaktion: A. S. Böcher; Verlags- und Druckerei: Felix Salernus; Anzeigen: H. Gieseler; Familien in Berlin: Verlag: Gieseler-Berlin G. m. b. H., Berlin, Prust: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzburg 9331  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

Sobien erschienen:  
**Richard Müller**  
**Der Bürgerkrieg in Deutschland**  
Geburtswehen der Republik  
Karton, M. 4.— Halbleinen M. 5,40  
Zu beziehen durch  
**Phöbus-Verlag**  
Eckert & Malsahn  
Alexandrinenstr. 1 u. Ohoff 9317

**Bären-Stiefel Garderobe**  
für Damen und Herren  
Teilzahlung!  
Gross  
Gr. Frankfurter Str. 141, I  
Kastanien-Allee 103

**Graue Haare**  
besiegt unser farbiger Haarwiederhersteller  
**„Youpla“**  
Pl. Nr. 4.00  
Überall erhältlich.  
Nur eine Flüssigkeit. Frei von allen schädlichen Bestandteilen.  
Kopp & Joseph, Parfümeriefabrik  
Berlin W. 37  
Potsdamer Str. 122

Sie kugeln sich vor Lachen  
bei der Lektüre des  
Republikanischen Witzblattes  
**LACHEN LINKS**  
Das aktuellste politische Witzblatt, in künstlerisch hochwertiger Ausführung  
Jede Nummer kostet 20 Pf.  
Zu beziehen durch:  
die Botenfrauen des Vorwärts

**Berliner Töpferhütte**  
G. m. b. H.  
angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe  
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314  
Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Ofen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlose heiztechnische Beratung.  
**Berliner Ulk-Trio**  
Neukölln, Labustr. 74/75 I

**HUNDE**  
Katzten, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neben Kriegervereinshaus  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

**Sealplüschmäntel**  
nur erstkl. Qualitäten auf Damassé von 95.— Mk. an  
Voll- u. Biberetteplüschmäntel von 75.— Mk. an  
Außerd.: Biberetteplüsch-, Silks- u. Lamelljacken  
in allen Sachen große Auswahl.  
Auf Wunsch Maßanfertigung, da Fabrikation in eigener Werkstatt.  
**Wilhelm Schmücker, Neukölln**  
Weserstr. 217, Ecke Kottbuser Damm, I. Etage

**Guter Schlaf**  
ist das beste Heilmittel  
Metallbetten für Groß und Klein, Stahlmatratzen auch mit Zubehör (frachtfrei) an Private seit 1911. Viele Tausende Dankschreiben und Nachbestellungen. Besondere Bedingungen. Katalog 600 frei.  
Eisenmöbelabrik Suhl (Thür.)